



Berlin, 07.08.2013

Weg mit PEPP! Pauschalierende Entgelte in Psychiatrie und Psychosomatik nicht einführen!

Presseerklärung des Vereins Demokratischer Ärztinnen und Ärzte

"Weg mit PEPP!" – unter diesem Motto fordert eine breite Initiative aus Ärzten, Sozialverbänden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, das Pauschalierende Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) nicht einzuführen. Am heutigen Mittwoch hat sich die Initiative in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und ihre Kritik an dem geplanten Entgeltsystem begründet.

"Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den DRGs (Fallpauschalen in allgemeinen Kliniken) fordern wir die kommende Bundesregierung auf, das Pauschalierende Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) nicht einzuführen", heißt es in einem Aufruf, mit dem sich Frank Bsirske (Vorsitzender von ver.di), Wulf Dietrich (Vorsitzender des vdää), Thomas Gebauer (Geschäftsführer von medico international), Dagmar Paternoga (Attac Deutschland), Rolf Rosenbrock (Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes) sowie Renate Schernus (Soltauer Initiative für Sozialpolitik und Ethik) Anfang Juli an die Fachwelt gewandt hatten.

In nur wenigen Tagen schlossen sich zahlreiche ärztliche Klinikleitungen, Chefärztinnen und Chefärzte, Fachverbände sowie eine Vielzahl von Einzelpersonen dem Aufruf an; mittlerweile sind es mehr als 2000 Unterzeichnende.

Mit dem Aufruf wird die fundierte Kritik, die die jeweiligen Organisationen seit Beginn der Debatte vortragen haben, gebündelt. Das Pauschalierende Entgeltsystem werde den psychiatrischen Krankheitsverläufen und damit den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht, sind sich die Initiatoren des Aufrufs einig.

Obwohl alle Fachverbände sowie die Deutsche Krankenhausgesellschaft das PEPP-System ablehnen, hat das Bundesgesundheitsministerium den Katalog einseitig per Verordnung festgelegt. Seit Jahresbeginn läuft eine Testphase des neuen Finanzierungssystems in psychiatrischen Kliniken.

Die Unterschriftenaktion der Initiative "PEPP nicht einführen!" wird bis zu den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl fortgeführt und ist Grundlage für Gespräche mit der neuen Bundesregierung. Darüber plant die Initiative eine Fachveranstaltung, in der Alternativen zu PEPP aufgezeigt werden sollen.

Eine Übersicht aller Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufes findet sich auf:
www.weg-mit-pepp.de

*Dr. Peter Hoffmann
(Mitglied im erweiterten Vorstand des vdää)*

Diese Presseerklärung kann, wie auch Bilder und andere Texte von der Homepage des vdää, kostenlos veröffentlicht und weiter verbreitet werden.